



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

mit dem 26. Mai rückt die Kommunalwahl Stück für Stück näher. Damit nimmt auch der Wahlkampf langsam, aber sicher Fahrt auf. Um die Bürgerinnen und Bürger von der politischen Tatkraft unserer Partei zu überzeugen, müssen wir mit klaren Inhalten und prägnanten Zielpunkten: Die Fokussierung auf wesentliche Themen, die die Menschen in ihrem Alltag beschäftigen, ist daher umso wichtiger.

Für welche Inhalte die SPD bei der Kommunalwahl konkret steht und was sie anstrebt, wird in den kommunalpolitischen Leitlinien des Landesverbands deutlich: Zentrale Aspekte zu bedeutsamen Kernthemen wurden hier formuliert.

Wir müssen aktuelle Probleme lösungs- und zukunftsorientiert angehen. Rege diskutierte Themen dürfen nicht umschiffen, sondern müssen entschlossen angepackt werden. Ein Beispiel ist hier die Sicherung bezahlbaren Wohnraums. Regionale Unterschiede und verschiedene Rahmenbedingungen in den rheinland-pfälzischen Städten, Gemeinden und Landkreisen müssen dabei berücksichtigt werden. Leerstände auf dem Land, aber auch ungenutzte Gewerbeflächen in der Stadt haben Potenzial für neue Lösungen.

Digitalisierung vorantreiben

Zentral ist zudem die Digitalisierung, die wir noch weiter vorantreiben müssen. Eine flächendeckende Breitbandversorgung ist notwendig, um das Leben auf dem Dorf attraktiv zu gestalten. Auch beim Mobilfunk setzen wir hier an – 5G muss der neue Standard im Land werden. Als Anknüpfungspunkt an den Bereich Bildung werden die Schulen nicht nur mit schnellem Internet versorgt: Die Umsetzung der Digitalisierung erfordert im Klassenzimmer die notwendige Ausstattung. Eine ganzheitliche, digitale Bildung ist wichtig, um Schü-



Michael Ebling

Foto: privat

lerinnen und Schüler im Umgang mit den neuen Medien zu begleiten. Digitales Lernen heißt dabei nicht, dass Kinder und Jugendliche im Unterricht nur am Handy „daddeln“: Die technische Ausstattung soll sinnvoll genutzt werden, um Kompetenzen gezielt zu schulen.

Weitere Bereiche, die in einer alternden Gesellschaft von enormer Bedeutung sind, stellen die Themen Gesundheit, Pflege und Betreuung dar. Die Leitlinien sehen hier unter anderem vor, dass das Konzept der „Gemeindeschwester plus“ in jeder rheinland-pfälzischen Verbandsgemeinde umgesetzt wird. Das aktuell noch in der Modellphase befindliche Konzept richtet sich an hochbetagte Bürgerinnen und Bürger, die über die „Gemeindeschwester plus“

von Beratung zu verschiedenen Lebensbereichen profitieren. Sowohl die gesundheitliche Versorgung als auch die aktuelle Lebenssituation der Menschen und ihre gesellschaftliche Teilhabe werden von den Gemeindeschwestern in ihrem Angebot berücksichtigt. Gerade im ländlichen Raum ist dies wichtig, damit Seniorinnen und Senioren so lange wie möglich in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können.

Für attraktiven ÖPNV

Ein zentrales Thema ist außerdem die Gestaltung einer zukunftsfähigen Mobilität. Mit einem Ausbau des Radverkehrsnetzes sowie mit Radschnellwegen zu den fünf rheinland-pfälzischen Großstädten soll das Fahrrad als umweltbewusstes Verkehrsmittel gestärkt werden.

Inhalt

Zukunfts-Check-Dorf
im Bitburg-Prüm-Kreis

Kurt Beck feierte
seinen 70. Geburtstag

SGK Rheinland-Pfalz macht
„Fit für Kommunalwahl“

Bezahlbares Wohnen:
Projekt in Eisenberg

Straßenbaubeiträge im
Landtag aufgeschnappt

Urteil: „Hitler-Glocke“
Herxheim bleibt hängen

SGK leistet Unterstützung

Die SGK Rheinland-Pfalz lädt zu einer **Fachtagung „Fit für die Kommunalwahl“** am **Dienstag, 26. März, 19 Uhr**, ins Bürgerbüro in Zweibrücken (Ritterstraße 9) ein.

Damit soll ein Bildungs- und Unterstützungsangebot für Kandidatinnen und Kandidaten für die bevorstehenden Kommunalwahlen am 26. Mai geleistet werden. Bei der Fachtagung stehen der kommunale Finanzausgleich und aktuelle kommunalpolitische Themen im Mittelpunkt.

Anmeldungen sind zu richten an
sgk-rlp@t-online.de

Insbesondere Radpendlern wird der Weg auf die Arbeit so erleichtert.

Die Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs muss attraktiver werden. Ein kostenfreies Bildungsticket sowie ein Sozialticket sollen die Mobilität erschwinglicher gestalten. Doch auch im Allgemeinen müssen die Fahrkarten günstiger werden, um eine echte Alternative zum Individualverkehr zu bieten.

Auch die Unterstützung der E-Mobilität und eine bessere Organisation des kommunalen Verkehrs mittels eines individuellen Mobilitätsplans streben wir an.

Diese und noch weitere Bereiche werden von unseren Kommunalpolitischen Leitlinien abgedeckt. Eines steht bei allen Themen jedoch immer im Mittelpunkt: Das Allgemeinwohl ist stets unsere Richtschnur, die zur Orientierung dient. Der Beschluss der Leitlinien findet im März bei einem gemeinsamen kommunalpolitischen Kongress des SPD-Landesverbands und der SGK Rheinland-Pfalz statt. Die SGK steht euch im Wahlkampf gerne unterstützend zur Seite.

Mit freundlichen Grüßen
Euer



Michael Ebling
SGK-Landesvorsitzender

IMPRESSUM
Verantwortlich für den Inhalt:
 SGK Rheinland-Pfalz e.V.,
 Klarastr. 14 A, 55116 Mainz
Redaktion: Wolfgang Kröhler
 Telefon: (06737) 260
 Michael Ebling, V.i.S.d.P.
Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
 Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
 Telefon: (030) 255 94-100
 Telefax: (030) 255 94-192
Anzeigen: Henning Witzel
Litho: Satzstudio Neue Westfälische
Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
 & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Zukunfts-Check-Dorf bringt kleine Orte im Kreis Bitburg-Prüm voran

Mit 234 Ortsgemeinden der gemeindereichste Landkreis in Deutschland. Maßnahmenpaket soll trotz demografischen Wandels Zukunft sichern. Umsetzung vor Ort in Eigenregie. Ziel ist der Erhalt der Dörfer

Autor Nico Steinbach



Nico Steinbach, SGK-Landesgeschäftsführer und Ortsbürgermeister von Oberweiler, führt den Zukunfts-Check-Dorf in seiner Gemeinde durch. Hilfe zur Selbsthilfe steht im Mittelpunkt des Projektes. Foto: Gemeinde Oberweiler/Eifel

Der Eifelkreis Bitburg-Prüm liegt im äußersten Westen des Landes Rheinland-Pfalz und ist mit 234 Ortsgemeinden der gemeindereichste Landkreis in Deutschland, rund 98.000 Einwohner leben hier. Mit einer Fläche von 1.626 Quadratkilometern und einer Einwohnerdichte von etwa 60 Einwohnern pro Quadratkilometer ist der Kreis sehr dünn besiedelt. Eine strukturelle Besonderheit ist die kleinteilige Siedlungsstruktur, die ganz eigene Herausforderungen und Chancen mit sich bringt: Von den insgesamt 234 Ortsgemeinden sind 78 Prozent Klein- und Kleinstgemeinden mit weniger als 500 Einwohnern, 50 Prozent haben sogar weniger als 200 Einwohner, und von den 100 kleinsten Gemeinden in Rheinland-Pfalz liegen 60 im Eifelkreis. Mit einem Anteil von über 53

Prozent landwirtschaftlicher Fläche ist er sehr ländlich geprägt, obwohl die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in den letzten 50 Jahren von rund 15.000 auf heute noch rund 1.500 zurückgegangen ist und stetig weiter sinkt.

Der demografische Wandel wirkt sich im Eifelkreis insbesondere durch eine fortschreitende Überalterung der Bevölkerung aus. Denn auch wenn in den zurückliegenden zehn Jahren insgesamt ein Bevölkerungszuwachs festzustellen ist, so steigt der Anteil der älteren Menschen überproportional an, während der Anteil der Kinder und Jugendlichen zurückgeht. Und es wird eine Verstärkung dieses Trends vorausgesagt. Vor allem die Zahl der Menschen über 65 Jahre soll nach einer im Rahmen eines integ-

rierten Kreisentwicklungskonzeptes durchgeführten, kleinteiligen Bevölkerungsprognose in den kommenden 15 Jahren deutlich zunehmen.

Große Herausforderungen

Der demografische Wandel und Strukturveränderungen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen (Landwirtschaft, Einzelhandel, Gesundheitsversorgung) stellen den Eifelkreis vor große soziale, infrastrukturelle, wirtschaftliche und bauliche Herausforderungen. Hiermit sind weite Teile des Landkreises konfrontiert. Die Folgen des Wandels betreffen nahezu sämtliche kommunale Handlungsfelder. Im Eifelkreis bedeutet das die Überalterung der Bevölkerung, wachsenden Gebäudeleerstand insbesondere in den Ortskernen sowie Schließung von

Nahversorgungs- und Infrastruktureinrichtungen, um nur einige Probleme zu nennen.

Der Zukunfts-Check-Dorf (ZCD) ist eine Antwort auf die Herausforderungen von Dörfern im ländlichen Raum: Alterung der Bevölkerung, zunehmender Gebäudeleerstand, Probleme der Nahversorgung und das soziale Miteinander sind wichtige Fragen. Nur eine engagierte Dorfgemeinschaft kann langfristig das Dorf lebendig erhalten und damit attraktiv. Der ZCD ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern die Chance, Dorfentwicklung aktiv mitzugestalten und mit professioneller Unterstützung ihr Dorf in sozialen, infrastrukturellen und baulichen Belangen fit für die Zukunft zu machen. Insbesondere junge Menschen erhalten dabei eine Möglichkeit, sich verstärkt mit ihrer Heimat zu identifizieren und finden eine Ebene, sich wirkungsvoll einzubringen und positive Veränderungen zu bewirken.

Der ZCD wird in 170 Gemeinden im Eifelkreis durchgeführt und erreicht etwa 50.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Parallel zum ZCD führt der Eifelkreis ein Kreisentwicklungskonzept durch und nimmt am Modellvorhaben „Langfristige Sicherung von Versorgung und Mobilität in ländlichen Räumen“ des BMVI

teil. Alle drei Handlungsebenen – Dorf, zentralörtliche Versorgung und Landkreis – sind somit in einen integrierten Entwicklungsprozess eingebunden.

Der Zukunfts-Check Dorf ist so gestaltet, dass die Gemeinden Hilfe zur Selbsthilfe erhalten. Somit entfaltet sich die Wirkung nicht nur auf der Ebene der baulichen, sondern vor allem auch auf der Ebene der sozialen Dorfentwicklung. Zusätzlich erfüllt das Ergebnis die formalen Anforderungen, die an ein Dorfentwicklungskonzept zu stellen sind.

Land fördert 70 Prozent

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Auswirkungen des demografischen Wandels und den sich daraus ergebenden Handlungserfordernissen ist der ZCD ein wichtiges Planungsinstrument zur Daseinsvorsorge, insbesondere auch mit geringem finanziellem Aufwand für die Gemeinden, da ein Dorfentwicklungskonzept durch bürgerschaftliches Engagement erarbeitet wird.

Die Durchführung des ZCD ist für den Eifelkreis Bitburg-Prüm kostenneutral: Das Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz fördert das Projekt mit 70 Prozent, die verbleibenden 30 Prozent werden von den Ortsgemeinden als Eigenanteil selbst getragen. Pro Ge-

meinde fallen zirka 2.000 Euro Eigenbeteiligung an. Die größte Herausforderung im Rahmen des Zukunfts-Checks Dorf war die zu leistende Überzeugungsarbeit. Die Verbandsgemeinden und die Ortsgemeinden zu begeistern und vom Nutzen des Zukunfts-Checks zu überzeugen, hat dazu geführt, dass 170 von 234 Gemeinden sich per Gemeinderatsbeschluss zur Teilnahme am Zukunfts-Check Dorf entschlossen haben. Der Eifelkreis Bitburg-Prüm unterstützt inzwischen auch weitere Kreise bei der Umsetzung des ZCD.

Umsetzung vor Ort

Der ZCD wird grundsätzlich in Eigenregie der teilnehmenden Ortsgemeinden durchgeführt – von der Auftaktveranstaltung bis zum Abschlussbericht. Lediglich die örtliche Auftaktveranstaltung wird durch den Projektkoordinator bei der Kreisverwaltung durchgeführt und das Projekt und die Arbeitsweise den interessierten Bürgerinnen und Bürgern vor Ort vorgestellt sowie eine Stärken- und Schwächenanalyse durchgeführt. Noch in dieser ersten Veranstaltung werden vor Ort die einzelnen Arbeitskreise eingerichtet und nach Möglichkeit mit Ehrenamtlichen besetzt sowie die AK-Leiter/-innen und der/die Projektleiter (meist Ortsbürgermeister/-in) bestimmt. Die Arbeitskreise bearbeiten dann ihr eigenes Themenfeld

selbstständig, können aber bei Bedarf Unterstützung beim Projektleiter anfordern und dieser bei Bedarf auch beim ZCD-Koordinator bei der Kreisverwaltung.

Die Anzahl und die thematische Ausrichtung der Arbeitskreise schwankt von Ort zu Ort. Ein AK „Infrastruktur/Ortsbild“ und „Dorfgemeinschaft/Freizeit/Soziales“ sind quasi immer dabei, andere Themen wie beispielsweise „Digitalisierung“ je nach Interessenslage vor Ort variabel. Dabei werden zum Beispiel im AK Infrastruktur sämtliche Gebäude nach Zustand erfasst, nicht bebaute Grundstücke kartiert und, sofern in privatem Besitz, auch die Verfügbarkeit abgeklärt. Neben der Erfassung dieser und vieler weiterer Daten ergeben sich aus der Erhebung viele Handlungsoptionen und Ideen oder Bedarfe für zukünftige Maßnahmen.

Ziele des ZCD sind:

- Langfristiger Erhalt unserer Dörfer und Erhöhung des bürgerschaftlichen Engagements
- Bewusstseinschaffung für das eigene Dorf durch Erkennen der örtlichen Chancen & Herausforderungen
- Entwicklung von zukunftsfähigen Strategien, Fortschreibung der Dorfentwicklungskonzepte
- Hilfe zur Selbsthilfe

Anzeige

DEMO
VORWÄRTS-KOMMUNAL
DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

**JETZT
AUF FACEBOOK
BESUCHEN!**

[www.facebook.com/
demo.online](http://www.facebook.com/demo.online)

Gefällt mir

Kurt Beck hat Rheinland-Pfalz geprägt, modernisiert und weit nach vorne gebracht

Der ehemalige Ministerpräsident feierte seinen 70. Geburtstag. Malu Dreyer würdigte die Verdienste ihres Vorgängers. Im Bildungsbereich hat Beck das Land in eine Spitzenposition gebracht

Autor Wolfgang Kröhler

„Mehr als 18 Jahre hat Kurt Beck unser Land als Ministerpräsident geprägt. Er hat unser Land modernisiert und dabei wirtschaftlichen Erfolg immer mit sozialer Gerechtigkeit und Umweltschutz verbunden. Seine politische Lebensleistung ist ganz außerordentlich. Wir sind ihm zutiefst dankbar für alles, was er in mehr als 40 Jahren politischen Engagements für Rheinland-Pfalz und die Menschen geleistet hat“, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer bei der Feierstunde anlässlich des 70. Geburtstages von Ministerpräsident a.D. Kurt Beck in der Staatskanzlei.

Unter den 200 Gästen waren viele langjährige Weggefährten und auch seine Amtsvorgänger Prof. Dr. Bernhard Vogel und Rudolf Scharping.

„Als Bürgermeister, als Parlamentarier und als Ministerpräsident hatte Kurt Beck immer ein Ohr für die Sorgen der Menschen. Er wollte die Ursachen von Ungerechtigkeiten bekämpfen und Strukturen verändern, um das Leben möglichst vieler zu verbessern“, so die Ministerpräsidentin. Dabei habe er immer mehr als seine Pflicht getan, das sei das Wesen seiner Politik: nahe bei den Menschen.

In der Bildungspolitik habe Kurt Beck Rheinland-Pfalz an die Spitze in Deutschland geführt. „Die Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule, ein großes Ganztagschulangebot und die hohe Durchlässigkeit des Schulsystems ist mit dem Namen von Kurt Beck verbunden. Zur Gerechtigkeit gehörte für ihn auch die Gleichstellung von Männern und Frauen. Er hat Frauen gefördert und sie von Anfang an in sein Kabinett berufen. Auch damit war er ein Vorbild“, so die Ministerpräsidentin.



Kurt Beck, ehemaliger Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Bundesvorsitzender der SPD.
Foto: Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Weitblick bewiesen

Die große Herausforderung der Konversion habe er für einen Innovations- und Modernisierungsschub des Landes genutzt. Mit der Konversionsförderung von Hoch- und Fachhochschulen sowie Forschungseinrichtungen und der gezielten Ansiedlung von Betrieben habe er den Grundstock dafür gelegt, dass Rheinland-Pfalz heute für Existenzgründer und innovative Firmen attraktiv ist und bei der Forschung, etwa im Bereich der Künstlichen Intelligenz, den internationalen Vergleich nicht scheuen muss. „Weitblick hat er auch darin bewiesen, dass er Rheinland-Pfalz immer

in Verbindung mit den Nachbarn in Europa und der Welt gesehen und die nachbarschaftlichen Beziehungen gestärkt und gefördert hat“, so die Ministerpräsidentin. Fast zwei Jahrzehnte habe Kurt Beck auch die Medienpolitik in Deutschland entscheidend mitgeprägt und als Vorsitzender der Rundfunkkommission der Länder sowie als Vorsitzender des Verwaltungsrats des ZDF den Weg der öffentlichen Anstalten ins digitale Zeitalter mit bereitet. Wie wichtig Kurt Beck aber auch Umwelt und Tierschutz immer waren, zeigt sich im Gewässerschutz, dem starken Ausbau erneuerbarer Energien oder

der Aufnahme des Tierschutzes in die Verfassung des Landes.

Meister des „Ovalen Tisches“

„Obwohl seine Vorstellungen immer klar und bestimmt waren, so wusste Kurt Beck doch genau, dass man seine Ziele nur erreicht, wenn alle Beteiligten mitziehen. Die Kunst, alle an einen Tisch zu holen, beherrschte er meisterhaft“, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer. So habe er bereits 1995 einen Ovalen Tisch für Arbeit und Ausbildung geschaffen, der bis heute zur rheinland-pfälzischen Erfolgsgeschichte gehört.

Von Anfang an habe er als Ministerpräsident wirtschaftlichen Erfolg mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung verbunden. Mit seinem vernetzten Denken und Handeln sei er seiner Zeit weit voraus gewesen und habe Maßstäbe für ein modernes Rheinland-Pfalz gesetzt. Die Ministerpräsidentin dankte Kurt Beck für seinen Einsatz und sein großes Engagement für die Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz. „Wir sind froh, dass wir auch weiterhin nicht auf deine Erfahrungen und deine Stimme verzichten müssen. Als Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung und in vielen weiteren Ehrenämtern bist du weiterhin rund um die Uhr für die Gemeinschaft im Einsatz. Ich wünsche dir für dein neues Lebensjahrzehnt Gesundheit, Lebensfreude und viel Erfolg bei allem, für das du dich einsetzt.“

Zum runden Geburtstag gratuliert auch die SGK Rheinland-Pfalz ganz herzlich. Kurt Beck war und ist immer mit der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik eng verbunden. Für sein Engagement wurde er bereits mit der SGK-Ehrendadel ausgezeichnet.



Mit drei Info-Veranstaltungen war die SGK-Rheinland-Pfalz vor Ort und machte „Fit für die Kommunalwahl“.

Foto: SGK Rheinland-Pfalz

Fit für die Kommunalwahl gemeinsam mit der SGK

Drei Regionalveranstaltungen in Kyllburg, Urbar und Bad Sobernheim. Straßenbaubeiträge, Grundsteuerreform und Verwaltungsreform in der Diskussion

Autorin Lisa Vogel

„Fit für die Kommunalwahl“ – unter diesem Titel coachte die SGK Rheinland-Pfalz in Kooperation mit dem SPD-Regionalverband Rheinland Kandidatinnen und Kandidaten, die sich im Mai zur Wahl stellen möchten. In Form einer Veranstaltungsreihe wurde die Fachtagung in drei verschiedenen Regionen angeboten: Nach einer gelungenen Auftaktveranstaltung in Kyllburg in der Eifel folgten zwei weitere Termine in Urbar und Bad Sobernheim. Die Moderation der Veranstaltungen übernahm SGK-Landesgeschäftsführer und Landtagsabgeordneter Nico Steinbach. Zu allen drei Tagungen waren interessierte und motivierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer erschienen.

Infos zum Finanzausgleich

Der Hauptteil der Veranstaltung befasste sich mit dem komplexen Thema des Kommunalen Finanzausgleichs. Als Fachreferent war daher stets Andreas Wagenführer vor Ort, der sich als Volkswirt beruflich mit dem Thema „Kommunale Finanzen“ befasst. Er konnte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wertvolle Informationen aus erster Hand liefern. In Zuge dessen schaffte es Wagenführer, die Rahmenbedingungen des Finanzausgleichs anschaulich und

zugleich fachlich fundiert zu vermitteln: Sowohl die Finanzierung aus kommunalen Steuern als auch der Erhalt von Zuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich wurden bei „Fit für die Kommunalwahl“ erläutert.

Zudem standen noch einige weitere Inhalte auf der Tagesordnung: Vermittelt wurden so allgemeine nützliche Infos rund um den Weg bis zum Wahltag. Auch die Frage, welche Kompetenzen für die Ratsarbeit erforderlich sind, wurde aufgegriffen.

Straßenausbaubeiträge

Aktuelle kommunalpolitische Themen wurden im Rahmen der Veranstaltung ebenfalls rege diskutiert. Im Laufe der Tagung kamen somit auch einige der besonders kontrovers debattierten Sachverhalte zur Sprache, etwa rund um Straßenausbaubeiträge. SGK-Landesgeschäftsführer Nico Steinbach bezog hier klar Stellung: Mit dem „wiederkehrenden Beitrag“ zum Straßenausbau könne die Verantwortung bei den Kommunen verbleiben, sodass auch die kommunale Selbstverwaltung weiterbestünde. Es sei wichtig, den Straßenausbaubeitrag zu optimieren und im Zuge dessen auch die Beitragszahler zu entlasten – das bewährte und über Jahrzehnte

rechtssicher entwickelte System müsse jedoch erhalten bleiben.

Auch die Grundsteuerreform und die Kommunale Verwaltungsreform wurden im Rahmen eines Gedankenaustauschs thematisiert. „Das aktuelle Gutachten zur KVR, welches von allen Landtagsfraktionen in der letzten Legislaturperiode in Auftrag gegeben wurde, dient nun als Diskussionsgrundlage für tragfähige kommunale Strukturen, insbesondere auf Ebene der Landkreise, kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte“, betonte Nico Steinbach hier.

Mit der Veranstaltungsreihe „Fit für die Kommunalwahl“ konnte die SGK Rheinland-Pfalz ihr Weiterbildungsangebot dezentraler gestalten und ihre Mitglieder in der Fläche unterstützen. Gerade die flächendeckende Betreuung der sozialdemokratischen Amts- und Mandatsträger soll zukünftig weiter ausgebaut werden.

Anzeige

EDG

„Wir gestalten Energie-Zukunft“

„Gemeinsam mit unseren kommunalen Partnern und Kunden gestalten wir Energie-Zukunft“

- **Contracting**
für modernste Energieversorgungsanlagen
- **Verantwortung**
für den kommunalen Klimaschutz
- **Planung und Umsetzung**
von CO₂-neutralen Projekten
- **Garantie**
für nachhaltige, ökonomisch-ökologische Energielieferungen
- **Realisierung**
von Nahwärmeprojekten mit Kraft-Wärme-Kopplung

EDG EnergieDienstleistungsGesellschaft Rheinhessen-Nahe mbH

Am Giener 13 • 55268 Nieder-Olm • Telefon 0 61 36 / 92 15 0
info@edg-mbh.de • www.edg-mbh.de

Mit Projekt „Mehrfamilienhaus“ bezahlbaren Wohnraum schaffen

Informationsveranstaltung der SGK Donnersbergkreis. Sozial schwachen Menschen eine Perspektive geben. Aktivpass kommt gut an

Autorin Sandra Groß



Gut besucht war die Informationsveranstaltung der SGK Donnersberg zum Thema „Bezahlbarer Wohnraum“.

Foto: Sandra Groß

Der Wohnungsmarkt in Deutschland ist in den letzten Jahren in eine gewaltige Schieflage geraten. Die Mieten steigen nach wie vor unaufhörlich, vor allem in Ballungsgebieten ist kaum noch eine bezahlbare Wohnung zu finden. Aber auch in bestimmten ländlichen Regionen

besteht Handlungsbedarf. Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK), Regionalgruppe Donnersbergkreis griff dieses Thema mit der Informationsveranstaltung „Bezahlbarer Wohnraum für alle“ in Eisenberg auf. Kommunalpolitiker aller Fraktionen

haben die Aktualität dieses Themas durch ihre Teilnahme bestätigt.

Zu Beginn erläuterte Bernd Frey, Bürgermeister der Verbandsgemeinde, das erfolgreiche Projekt der Verbandsgemeinde Eisenberg mit der Errichtung des „Mehrfamilien-

enhauses“ am Gustav-Heinemann-Ring in Eisenberg. Mit dem Bau des Gebäudes soll den sozial Schwachen, die am Rande der Armutsgrenze leben, eine bessere Perspektive gegeben werden. Als weiteres Plus für diesen Personenkreis stellte er den Aktivpass der VG Eisenberg vor, der zu vergünstigten Besuchen und Einkäufen berechtigt. Bislang konnten rund 900 Karten in Eisenberg ausgestellt werden.

Zu den steuerlichen Auswirkungen und Steuerungsmöglichkeiten informierte Uwe Kistner von der Rechtsanwaltskanzlei Kistner, Eisenberg. Aus wirtschaftlicher Sicht erreichen öffentliche Wohnungsbau-Gesellschaften erst bei größeren Einheiten (ab 40.000–50.000 Einwohner) die angepeilte Rendite. Hier sollten sich kleinere Einheiten zusammenschließen, um die entstehenden Verwaltungskosten zu minimieren beziehungsweise auf mehrere Schultern zu verteilen.

„Mehr Mitte bitte“

Vom Finanzministerium Rheinland-Pfalz informierte Dipl. Ing. Herbert Sommer über die allgemeine Wohnungssituation im Land. Single- und Zwei-Personen-Haushalte für Alleinerziehende zu erschwinglichen Mieten sind nahezu in allen Stadt- und Gemeindegebieten Mangelware. Seit 2014 gibt es in Rheinland-Pfalz das Vorzeigeprojekt „Mehr Mitte bitte“, welches in Eisenberg

Anzeige

SHOP.SPD.DE
info@imageshop.de
Telefon: 030 / 25993 650

IMAGE
Produkte **SPD**

**IMMER DAS RICHTIGE ...
AUS EINER HAND**

UNSER TIPP!

**FÜR EUREN KOMMUNAL-
WAHLKAMPF:**

Broschüre „Wahlsiegplaner“ – Eine
Checkliste für WahlkämpferInnen



>>> VIELE WEITERE INDIVIDUALISIERBARE
PRODUKTE UNTER **SHOP.SPD.DE**

schon verwirklicht wurde. Sommer zeigte anhand von Statistiken auf, wie sich Änderungen der Rahmenbedingungen durch menschliches „Schwarmverhalten“ ergeben. Mehrheitlich besteht mittlerweile der Wunsch nach einer Trennung zwischen Wohn- und Arbeitsplatz. Die Anforderungen nach optimalen Verkehrsverbindungen (Autobahn und Bahn) steigen damit erheblich an.

Ebenfalls vom Finanzministerium informierte Susanne Hannes über die verschiedensten Fördermöglichkeiten des Landes und der Investitions- und Strukturbank (ISB) für den sozialen Wohnungsbau. Hierbei werden auch die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der jeweiligen Gemeinden durch die Einstufung in verschiedene Kategorien berücksichtigt.

Frau Hannes erklärte auch andere Programme, die sich für die anwe-

senden Kommunalpolitiker als sehr interessant für ihre jeweiligen Gemeinden erwiesen, wie zum Beispiel „Wohnen in Orts- und Stadtkern“ und weiterhin auch Förderungen für den Privathaushalt. Hier kann man sich auch mit einem geringeren Einkommen und den entsprechenden Fördermitteln den Traum vom Eigenheim verwirklichen, sei es bei der Sanierung oder beim Neubau.

Großen Wert legte Hannes hierbei auf die unbürokratische Bearbeitung von Anträgen, da diese direkt über die ISB laufen ohne weitere Zwischenbehörden einzuschalten.

Anwendungsfragen, bezogen auf die jeweilige Gemeinde, konnten mit Beispielen weitestgehend beantwortet werden. Als Résumé muss aber beachtet werden, dass kein einheitlicher Fahrplan für die Behebung des Missstandes möglich ist, vielmehr muss jeder Fall individuell betrachtet werden.

Im Landtag aufgeschnappt

Autor Wolfgang Kröhler

Heiß diskutiert in Rheinland-Pfalz wird derzeit das Thema Straßenbeiträge. Drei Varianten stehen dabei zur Debatte: Einmalbeiträge mit zum Teil hohen Summen für die Hausbesitzer, wiederkehrende Beiträge, die nach einem bestimmten Schlüssel auf die gesamte Bevölkerung einer Gemeinde verteilt werden, oder die Abschaffung der Beiträge mit der Konsequenz, dass die Finanzierung einer Ausbaumaßnahme durch das Land erfolgt. Einen seriösen Finanzierungsvorschlag zu dieser dann erforderlichen Gegenfinanzierung von mehreren hundert Millionen Euro präsentiert die Opposition hingegen nicht.

Vor dem Hintergrund des Kommunalwahlkampfes machen sich nämlich die Oppositionsparteien von

CDU und AfD für die Abschaffung der Beiträge stark. Was auf den ersten Blick so „bürgerfreundlich“ daher kommt, hat allerdings seine Tücken. So betrachtet beispielsweise der Gemeinde- und Städtebund die Finanzierung der Straßenbeiträge durch das Land durchaus mit einer gewissen Skepsis (DEMO berichtete in seiner letzten Ausgabe).

Und wie reagiert die CDU? Sie will die kommunalen Beiträge abschaffen – oder doch nicht? Ein Blick ins Protokoll der Plenarsitzung vom 24. August 2018 zeigt jedenfalls, dass bei den Christdemokraten ein gewisser Schlingerkurs festzustellen ist. Der CDU-Landtagsabgeordnete Christof Reichert sagte in der Debatte um die Straßenbeiträge: „Ein funktionierendes, leistungsfähiges

Anzeige

bnr.de
blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts‘ regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“

Schirmherrin Ute Vogt

Weitere Informationen im Netz: www.bnr.de

Straßennetz ist Grundvoraussetzung für die Entwicklung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft und der hohen Qualität in unseren Städten und Gemeinden. ... Gute Straßen sind Grundvoraussetzung für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Wirtschaftspotenzialen. ... Auch im Sinne der Generationengerechtigkeit ist der Erhalt des Straßennetzes zu sichern und Substanzverlust zu vermeiden.“ So weit, so gut. Im weiteren Verlauf seiner Rede wird es aber spannend und interessant, man höre und staune!

Christof Reichert: „Für die CDU wäre der Verzicht auf Straßenausbaubeiträge das absolut falsche Signal. Das Land wird nicht in der Lage sein, die dadurch fehlenden Einnahmen zu kompensieren. Es wäre auch fasch, bei dieser Frage in die kommunale Selbstverwaltungshoheit der Städte und Gemeinden einzugreifen. ... Insbesondere das System der wiederkehrenden Beiträge genießt bei den Kommunen und Bürgern eine hohe Akzeptanz. ... Letztendlich – und das muss jedem klar sein – werden auch zukünftig die Bürgerinnen und Bürger die Straßen finanzieren, egal nach welchem Weg. Die Forderung nach einer Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ist hingegen reiner Populismus“.

Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen.

Klagen wegen „Hitler“-Glocke in Herxheim erfolglos

Beschluss des Gemeinderates bleibt bestehen

Der Beschluss des Gemeinderats der Gemeinde Herxheim am Berg, die im Kirchturm der protestantischen Kirche seit 1934 hängende Glocke, die mit einem Hakenkreuz und der Aufschrift „Alles fuer's Vaterland – Adolf Hitler“ versehen ist, weiterhin hängen zu lassen, ist rechtlich nicht zu beanstanden. Das entschied das Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz mit Beschlüssen vom 25.01.2019, Az.: 10 A 11557/18.OVG und 10 A 11561/18.OVG.

Mahntafel zur Erinnerung

Die Glocke ist – anders als der Kirchturm, in dem sie hängt – Eigentum der politischen Gemeinde Herxheim am Berg. Deren Gemeinderat erörterte in der Gemeinderatssitzung am 12.03.2018 die Frage, was mit der Glocke geschehen solle, und fasste folgenden Beschluss: „Der Gemeinderat beschließt, die Glocke aus dem Jahr 1934 im Turm der Jakobskirche in Herxheim am Berg als Anstoß zur Versöhnung und Mahnmal gegen Gewalt und Unrecht weiterhin hängen zu lassen.“ In der Beschlussvorlage hieß es weiter: Die Gemeindevertreter beschließen, dass zeitnah an oder im unmittelbaren Umfeld der Kirche eine Mahntafel angebracht bzw. aufgestellt werden soll. Hierzu wird sich die Gemeinde zusammen mit der Kirchengemeinde hinsichtlich des Textes und der Gestaltung umfassend beraten lassen. Die Gemeinde wird jedes Jahr zu Veranstaltungen einladen, die sich mit der Zeit des Nationalsozialismus sowie mit Themen von Gewalt und Unrecht in Geschichte und Gegenwart, in Form von Ausstellungen, Vorträgen oder Diskussionen, befassen. Der Gemeinderat unterstützt auch weiterhin die Aktivitäten des Ortshistorikers, der bereits in vielfältiger öffentlicher Art und Weise auf diese Zeit in der Ortsgeschichte hingewiesen hat.

Gegen diesen Gemeinderatsbeschluss erhob der Kläger Klage, mit der er geltend machte, als deutscher

Staatsbürger jüdischen Glaubens und als Verwandter von überlebenden Naziopfern sehe er darin eine unzumutbare Verspottung und Verhöhnung der Opfer des Hitlerterrors und des Holocaust sowie deren Nachfahren. Er verweise auf die Stellungnahme des Zentralrates der Juden in Deutschland, in der es als unerträglich erklärt werde, dass die Glocke als Zeichen der Versöhnung mit den Opfern der Nazizeit weiter läuten solle.

Das Verwaltungsgericht (VG) wies die Klage ab. Das OVG bestätigte diese Entscheidung und lehnte den Antrag des Klägers auf Zulassung der Berufung ab.

Keine Verharmlosung

Das VG hat nach Ansicht des OVG die Klage zu Recht abgewiesen. Ein Gemeinderat hat nach Ansicht des OVG bei seiner Beschlussfassung die Judenvernichtung durch das nationalsozialistische Regime weder zu billigen oder zu leugnen noch zu verharmlosen. Nur dann würden die Ehre und damit die Menschenwürde sowie das allgemeine Persönlichkeitsrecht der von der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft verfolgten und vernichteten Juden sowie deren Nachkommen gewahrt. Auch wenn man die Frage, ob die im Kirchturm von Herxheim am Berg hängende Glocke trotz des vorhandenen Hakenkreuzes und der Aufschrift „Alles fuer's Vaterland – Adolf Hitler“ hängen bleiben solle, politisch durchaus unterschiedlich beantworten könne und für den Standpunkt des Klägers insoweit beachtliche Argumente sprächen, sei die Entscheidung des Gemeinderats der Beklagten von Rechts wegen nicht zu beanstanden. Denn mit der Entscheidung, die Glocke „als Anstoß zur Versöhnung und gegen Gewalt und Unrecht weiterhin hängen zu lassen“, wird nach Darlegung des OVG das Schicksal der Juden unter dem menschenver-

achtenden nationalsozialistischen Regime weder gutgeheißen noch verharmlost. Vielmehr erkenne der Gemeinderat ausweislich des Inhalts des Beschlusses vom 12.03.2018 die Gewalt und das Unrecht ausdrücklich an, welche die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft zur Folge gehabt habe. Damit distanziert sich nach Ansicht des OVG die Beklagte gerade von der menschenverachtenden Gewalt- und Willkürherrschaft, sodass im Hängenlassen der Glocke trotz des darauf befindlichen Hakenkreuzes und des oben zitierten Satzes keine Verharmlosung oder gar Billigung der Judenverfolgung zwischen den Jahren 1933 und 1945 zu sehen ist. Verstärkt werde die aus dem Beschlusswortlaut zu entnehmende Distanzierung vom nationalsozialistischen Unrecht und damit auch von der Judenverfolgung durch die zugleich vom Gemeinderat zum Ausdruck gebrachte Absicht, eine Mahntafel anzubringen, Veranstaltungen zu organisieren, die sich mit der Zeit des Nationalsozialismus sowie mit Themen von Gewalt und Unrecht in Geschichte und Gegenwart befassen, sowie den Ortshistoriker, der sich bereits in vielfältiger öffentlicher Art und Weise mit der Zeit des Nationalsozialismus in der Ortsgeschichte befasst habe, weiterhin zu unterstützen. Die vorhandene, optisch indes nicht sichtbare Glocke wird nach Ansicht des OVG zum Anlass genommen, zur Versöhnung aufzurufen sowie sich gegen Gewalt und Unrecht auszusprechen.

Ebenfalls ohne Erfolg blieb die weitere Klage des Klägers mit dem Ziel, dem Bürgermeister der Gemeinde Herxheim die Äußerung zu untersagen, die im Kirchturm der protestantischen Kirche in Herxheim hängende Glocke diene „der Versöhnung mit den Opfern der Nazizeit“. Auch insoweit bestätigt das OVG das klageabweisende Urteil des VG und lehnte den Antrag des Klägers auf Zulassung der Berufung ab.